

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch in der Flüchtlingspolitik entlasten wir die Kommunen. So wird das Land noch mehr Aufgaben bei den Rückführungen übernehmen und die Kommunen von der Unterbringung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive entlasten. Dies setzen wir mit dem Asylstufenplan in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt um. Es ist ein Stufenplan, weil nicht alles auf einmal passiert, sondern eben in Stufen, daher der Name Stufenplan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mostofizadeh?

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die Landesregierung hat die Finanzierung der Kommunen ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: ... seit Regierungsantritt Jahr für Jahr erheblich verbessert. Das zieht sich wie ein roter Faden durch jeden Haushalt der NRW-Koalition.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich mal ehrlich machen und sich das Verhältnis Landesfinanzen/kommunale Finanzen ansehen und netto die Jahre 2019 mit 2017 vergleichen, dann müssten Sie dieses perpetuierte Ritual, was Sie an dieser Stelle hier immer wieder aufführen, irgendwann auch einmal einstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir geben die Integrationspauschale vollständig an die Kommunen weiter. Dies kann in Zukunft natürlich nicht mehr der Fall sein, wenn es diese Pauschale nicht mehr gibt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

Aber mir ist es wichtig, dass wir gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für Migration und Integration schließen, der das Thema insgesamt anpackt. Wir wissen alle um die Situation in unseren Städten und Gemeinden und dass der Schuh bei den Kosten der Geduldeten drückt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen werde ich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Novelle des FlüAG erarbeiten. Die Gespräche finden ja statt und haben auch heute wieder stattgefunden.

Die Pressemitteilung, Herr Mostofizadeh, die Sie vorhin zitiert haben, ist im Übrigen an der Stelle nicht

ganz richtig, weil derjenige, der sich dort geäußert hat, in meiner Anwesenheit gar nicht zu dem Thema gesprochen hat,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie lassen ja keine Zwischenfrage zu!)

sondern über ein ganz anderes Thema, nämlich über den Rechtsanspruch an der OGS gesprochen hat. Das nur der Vollständigkeit halber. Deswegen bitte immer sehr vorsichtig mit Zitaten von anderen Leuten sein, wenn man nicht dabei gewesen ist, Herr Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe nicht zitiert!)

– Sie haben zitiert oder es sich zu eigen gemacht. Deswegen sage ich: Vorsichtig mit den Zitaten von anderer Seite.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt aber! Das war Herr Yetim! – Frank Müller [SPD], auf den Abgeordneten Ibrahim Yetim [SPD] deutend: Er war's!)

Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt im Haushalt und auch bei der Integrations- und Flüchtlingspolitik immer wieder deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Kommunen stehen. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Deswegen wird es auch gelingen, gemeinsam ein wetterfestes, zukunftsfähiges und dann dauerhaft für alle tragfähiges Flüchtlingsaufnahmegesetz gemeinsam zu erarbeiten und hier zu beschließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Die Regierung hat die Redezeit um 2 Minuten und 15 Sekunden überzogen. Aber fast alle Fraktionen haben ebenfalls überzogen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8007, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Herr Pretzell und Herr Langguth. Damit haben wir ein klares Ergebnis: Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ist der **Einzelplan 07 in zweiter Lesung angenommen.**

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich rufe auf:

Einzelplan 09 Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8009

Die Aussprache ist eröffnet. Herr Löcker ist schon am Pult und spricht für die SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 09, Verkehr. – Sie wollen vor 10 Uhr noch nach Hause? Ich weiß nicht, ob wir das hinkriegen. Wir arbeiten daran.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Ich bitte darum, dass im Saal ein bisschen Ruhe einkehrt, damit der Redner das Wort ergreifen kann. Diejenigen, die etwas besprechen müssen, besprechen das bitte außerhalb des Saales. Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Herr Löcker, Sie haben das Wort.

Carsten Löcker* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ein Haushaltsentwurf ein Spiegelbild der Politik einer Landesregierung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist dieser Einzelplan 09 sehr aussagekräftig. Verkehrspolitik spielt für die Landesregierung eine untergeordnete Rolle. Warum, meine Damen und Herren?

Der Anstieg des Haushaltsvolumens im Verkehr bleibt gegenüber 2019 mit 2,27 % unter dem Anstieg des Gesamthaushalts für 2020.

Lassen wir mal die kosmetischen Tricks und betrachten die Haushaltsmittel ohne die 53 Millionen Euro Regionalisierungsmittel, dann liegt der Anstieg, Herr Vossemer, sage und schreibe bei 0,4 % – kaum zu glauben!

Vor dem Hintergrund der Steuereinnahmen ist das verdammt wenig ambitioniert. Auch vor dem Hintergrund der Probleme, die dieses Land hat, ist das wenig ambitioniert. Schauen wir auf die in dem Haushalt ausgewiesenen globalen Minderausgaben, so kann man sagen, dass noch obendrauf gespart wird. Blickt man auf die Anforderungen, so muss man ebenfalls sagen: ziemlich unambitioniert.

Bleiben wir detailliert. Die Investitionen des Verkehrsministeriums steigen lediglich um 2,24 % gegenüber 2019, aber dafür steigen die Verwaltungsausgaben um sage und schreibe 20,43 %, die Personalkosten obendrauf um 8,75 %. Blickt man auf die Steigerungsraten, müsste man der FDP zurufen: Entfesselung mal ganz anders. – Wer die vier Grundrechenarten beherrscht, der hat ziemlich schnell raus, wie es bei Ihnen läuft.

Wechselt man die Perspektive von der strukturellen Betrachtung zu der inhaltlichen Betrachtung, dann wird es nicht besser. Dieser Haushaltsentwurf ist kein großer Wurf, weil er eigene verkehrspolitische Schwerpunkte der Landesregierung nicht wirklich erkennen lässt. Das fällt schon auf. Und dies, obwohl

ausreichend Geld – viel mehr Geld als in den Jahren zuvor – zur Verfügung steht, und zwar dank Michael Groschek und der SPD, die sich in Berlin dafür verwendet hat. Dieses Geld können Sie heute ausgeben, Sie tun es in weiten Bereichen allerdings nicht.

Stattdessen nehmen die Staus auf Land- und Bundesstraßen zu. Die Zähne der Pendler sind schon ganz stumpf vom Lenkradbeißen. Sie regieren, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, versprochen haben Sie aber etwas anderes.

Eine beherzte Initiative zur Förderung des Radverkehrs steht – bisher zumindest – noch aus. Angekündigt haben Sie sie, allerdings müssen den Worten auch Taten folgen.

Der Start der neuen S-Bahn und des Verkehrs im Ruhrgebiet ist missglückt. Wir alle sehen, wie die Pendlerinnen und Pendler, die erwartet haben, dass das Projekt jetzt umgesetzt wird, weiterhin im Regen stehen.

Preissteigerungen im öffentlichen Verkehr nehmen nicht mehr hinnehmbare Höhen an. Kritik daran gibt es überall im Land.

Was tun Sie, Herr Minister, in diesem Zusammenhang? Welche Antworten haben Sie zu diesen Missständen? Wann reden wir endlich über Organisation und über Strukturen für einen besseren Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen? Ihren Vorschlag zu dieser Sache haben wir bisher noch nicht gehört.

Zu einer umfassenden Verkehrswende gehört auch, dass man kräftig in den ÖPNV investiert. Man kann aber feststellen, dass das mit diesem Haushalt nicht ansatzweise erreicht wird. Wir brauchen in diesem Land mehr Anstrengungen für Wahlfreiheit und Alternativen, damit die Menschen auch umsteigen können. Und das kann man eben nicht, wenn man ein Zugticket kaufen muss, das 82 Euro kostet. Das können sich viele Azubis überhaupt nicht erlauben.

(Beifall von der SPD)

Auch die 40 Millionen Euro für das Sozialticket sind viel zu wenig. Der Preis steigt seit Jahren, und insofern ist es für viele keine Alternative mehr; am Ende wird es überhaupt keine mehr sein, weil der Preis steigt und das niemand mehr bezahlen kann.

Beim Einstieg in einen kostenfreien ÖPNV mauern Sie ebenfalls. Da loben wir doch die Weitsicht der CDU in Hamm auf Initiative der SPD. Dort haben sie verstanden und führen demnächst mit uns ein kostenfreies Ticket für – man höre und staune – Jugendliche bis zu 18 Jahren ein. Davon können Sie etwas lernen. Es wäre gut, wenn wir hier auch so verfahren könnten. Das ist so nichts Halbes und nichts Ganzes, meine Damen und Herren.

Man könnte die Liste weiter fortführen. Darauf will ich mit Blick auf die Zeit verzichten. Klar ist aber, dass das ziemlich unambitioniert ist, was Sie vorlegen.

(Zuruf von Arne Moritz [CDU])

Von einer Stärkung der Systeme kann kaum die Rede sein. Deshalb halten wir fest: Ihre angekündigte Verkehrswende steckt im Stau. So ist es und nicht anders.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Die Bilanz ist ziemlich ernüchternd, und deshalb werden wir Ihrem Vorschlag heute natürlich nicht zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Löcker. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Voussem.

(Arne Moritz [CDU]: Jetzt kommt's! Sag mal was! – Lachen von der SPD – Frank Müller [SPD]: Das war der kabarettistische Teil des Abends!)

Klaus Voussem (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Löcker, Sie sind ein tapferer Sozialdemokrat, und ich schätze Sie persönlich sehr. Allerdings schaut bei Ihrer Rede, lieber Herr Kollege, das schlechte Gewissen doch aus jedem einzelnen Buchstaben heraus –

(Beifall von der CDU und der FDP)

das schlechte Gewissen deswegen, weil Sie während Ihrer segensreichen Schaffenszeit in der Regierungsverantwortung keinen einzigen von den Punkten, die Sie soeben zu kritisieren versucht haben, auch nur ansatzweise umgesetzt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Carsten Löcker [SPD]: Sie regieren, wir nicht!)

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Vergangenheit. Lassen Sie uns über die Zukunft reden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Schön!)

Heute beraten wir den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 für das Land Nordrhein-Westfalen im Einzelplan 09, und wenn dieser so umgesetzt wird, dann haben wir die richtigen Weichen gestellt für Investitionen in eine mobile Zukunft. Die NRW-Koalition ist mit den Haushalten 2018 und 2019 und dem Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf mit einer Erhöhung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in die richtige Richtung gegangen.

Wenn der eingeschlagene Weg richtig ist, muss jetzt noch einmal das Tempo verschärft werden. Eben dies geschieht mit dem vorliegenden Etatentwurf zum Einzelplan 09. Es werden noch mehr Stellen

und noch mehr investive Mittel geschaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Schwerpunkte sind Vernetzung und Digitalisierung, Reaktivierung von Schienenstrecken, Ausgaben in den ÖPNV sowie der Ausbau des Radwegenetzes.

Unser Entwurf sieht eine Steigerung des Etats auf insgesamt 2,93 Milliarden Euro vor.

Allein für Investitionen in das Radwegenetz sind 47 Millionen Euro eingeplant. Davon fließen 12,4 Millionen Euro in Radwege an Landesstraßen. Weitere 17,1 Millionen Euro sollen in den kommunalen Radwegebau investiert werden. Unsere Radschnellwege werden mit 9,25 Millionen Euro gefördert, und mit 8,5 Millionen Euro werden Radwege an Bundesstraßen ausgebaut. Das entspricht dem Niveau von 2019.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie zuvor wurde so viel Geld in das Radwegenetz in Nordrhein-Westfalen investiert wie heute.

(Beifall von der CDU)

Hinzu kommen die Mittel aus dem 900-Millionen-Euro-Paket des Bundes, und wir machen ein Fahrradgesetz. In der Summe machen wir das, was Rot-Grün nie geschafft hat: Wir werden Fahrradland, meine Damen und Herren.

Für den ÖPNV sind über 1,8 Milliarden Euro eingeplant. Der größte Teil davon stammt aus Bundesmitteln. Das macht im Vergleich zum vergangenen Jahr ein Plus von rund 57 Millionen Euro.

Die Sanierung der maroden kommunalen Stadt- und Straßenbahnen wird perspektivisch mit einer Milliarde Euro unterstützt. Flankiert wird dies in den nächsten zwölf Jahren mit einer ÖPNV-Offensive. 100 Millionen Euro Investitionen in Busse, Bahnen und innovative Mobilitätsangebote sind hierfür vorgesehen.

Auch die vernetzte Mobilität verzeichnet wiederum ein Plus von 11,5 Millionen Euro, und die Ausbildungsverkehre werden ebenfalls mit 139 Millionen Euro unterstützt. Auch das bereits in kurzer Zeit zum Kassenschlager avancierte AzubiTicket mit 6.900 landesweit verkauften Tickets ist eine Hausnummer, verehrter Herr Kollege Löcker – wer hätte das gedacht? –, und wird auch im Jahr 2020

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

– ja, Sie nicht; das weiß ich – mit 9 Millionen Euro unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem das Verkehrsministerium im März dieses Jahres die Fördersätze für den kommunalen Straßenbau auf 70 % erhöht hat, sollen nun auch mit einem Plus von 5 Millionen Euro für den Ausbau und einem Plus von 10 Millionen Euro für den Erhalt die Investitionen in die Landesstraßen steigen und über dem Niveau von

2019 weitergeführt werden. Der weiteren Verschlechterung der Straßennetzqualität wird damit deutlich entgegengewirkt. Umso wichtiger ist es also, diese deutlich gestiegenen Planungen auch möglichst schnell zu genehmigen.

Dafür werden die zuständigen Bezirksregierungen personell gestärkt. Mit acht Stellen für Planfeststellungen soll diese Umsetzung auch gewährleistet werden. In personeller Hinsicht werden zusätzlich 48 neue Arbeitnehmerstellen geschaffen, davon allein 38 Stellen zur Umsetzung der zusätzlichen Investitionsmittel des Bauhochlaufs sowie zehn Stellen für das Kommunikationsmanagement im Rahmen der frühen Bürgerbeteiligung. Herauszuheben sind auch die 20 nachträglich bereitgestellten Stellen für Bauingenieure zur Unterstützung des Bauhochlaufs mit besonderem Fokus auf Brückenertüchtigung und Radwege.

Auch die Förderung der NE-Bahnen wird weiter fortgeschrieben. Seit dem Haushalt 2018 tun wir das wieder, unterstützen die Erneuerung und Unterhaltungsinvestitionen in die Infrastruktur der NE-Bahnen und leisten neben dem Aspekt der Wirtschaftsförderung einen Beitrag für mehr klimafreundlichen Güterverkehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt habe ich die Eckpfeiler des Einzelplans 09 skizziert.

Enden möchte ich mit der Frage: Wo steht Nordrhein-Westfalen in der Zukunft? Mobilität bedeutet persönliche Freiheit, sie unterliegt aber auch einem stetigen Wandel. Nicht zuletzt auch die Klimafolgenanpassung fordert die Mobilität der Zukunft heraus mit neuen Mobilitätskonzepten, mit neuen Antrieben auf der Straße, Schiene, Wasserstraße und in der Luft, mit mehr Vernetzung durch die Nutzung der Chancen der Digitalisierung im ÖNPV, bei On-Demand-Verkehren oder auch im Bereich der City-Logistik.

Eines dabei ist für uns sicher: Unterschiedliche Lebenssituationen der Menschen in unserem Land erfordern auch unterschiedliche Angebote. Wir müssen auch in Zukunft die individuelle Mobilität mit starken Ideen umweltgerecht weiter fördern. Genau dafür stellen wir heute mit dem Einzelplan 09 die richtigen Weichen. – Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vossemer. – Jetzt spricht Herr Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Vossemer, dass Sie am Ende Ihrer Rede nicht auch noch „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ angestimmt haben, wo es um den Ausblick auf die Zukunft der Mobilität geht, das hat noch gefehlt.

(Zuruf von Arne Moritz [CDU])

Ansonsten waren es schöne wohlfeile Worte.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich bin schon dankbar, dass Sie auf das übliche Glaubensbekenntnis verzichtet haben: ideologiefrei und technologieoffen. Das kommt vielleicht gleich vielleicht wieder von Herrn Middeldorf. Insofern passt das dann zusammen.

(Zurufe von Henning Rehbaum [CDU] und Klaus Vossemer [CDU])

Die schönen Worte, die uns sozusagen die Segnungen der neuen Koalition verkünden, wie Sie das gerade getan haben,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

sollen doch nur eines, nämlich vernebeln, dass Sie in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik falsche Prioritäten setzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich nicht in der Breite darstellen.

(Christof Rasche [FDP]: Wollen wir E-Mobilität machen?)

Das könnte ich Ihnen natürlich auch heute, aber die kurze Redezeit erlaubt es nicht, in der ganzen Breite diese falsche Prioritätensetzung vor Augen führen.

Ich will es an einem konkreten Punkt tun, der in der vorletzten Woche eine gewisse Bedeutung gehabt hat. Ich freue mich, dass wir einen Erfolg der Volksinitiative zu verzeichnen haben. Es geht um die Radverkehrspolitik.

(Christof Rasche [FDP]: Da passiert mehr denn je!)

Ich will an diesem Beispiel deutlich machen, wo und wie Sie sich politisch entscheiden, in Sonntagsreden auf der einen Seite und im Alltag ganz konkret.

Alltag ist für uns der Haushalt. Hier wird die Politik in Zahlen gegossen und dann auch zur Umsetzung gebracht.

Ich will es Ihnen erläutern. Der Radverkehrsanteil in Nordrhein-Westfalen liegt derzeit bei 11 %. Das, was die Initiative fordert und was der Landtag im Dezember beschließen wird, ist die Zielsetzung, den Radverkehr bis 2025 auf 25 % zu steigern. Ich finde, das ist ein richtiges, aber auch ehrgeiziges Ziel.

Ich will dem gegenüberstellen: Was ist der Anteil des Radverkehrs im aktuellen Haushalt? Im Hinterkopf haben wir den Radverkehrsanteil von 11 %. Der Haushaltsanteil liegt monetär bei unter 1 % des Verkehrsetats. Man wird also schon heute in keiner Weise dem Anspruch, den Radverkehr zu fördern, gerecht, geschweige denn dem Ziel, in der Zukunft 25 % zu erreichen. Das werden Sie mit diesem Anteil im Haushalt nicht können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen das auch noch einmal im Vergleich zu den Niederlanden erläutern. In den Niederlanden werden pro Jahr 25 Euro pro Kopf für Radverkehr ausgegeben, beispielsweise in Amsterdam 11 Euro, und in Utrecht sind es 132 Euro. In Nordrhein-Westfalen liegt die Pro-Kopf-Ausgabe bei 1,10 Euro bzw. in Köln bei 2,80 Euro.

(Zurufe von der CDU)

Das wird nicht reichen, wenn man das Ziel von 25 % erreichen will. Deshalb ist es bedauerlich – Sie haben ja noch die Chance gegebenenfalls in der dritten Lesung –, dass Sie alle unsere Anträge, die eine stärkere Priorisierung gerade für den Radverkehr vorgesehen haben, sowohl was Planungsstellen als auch was finanzielle Mittel angeht, abgelehnt haben.

Das eine ist, sich in Sonntagsreden in der Sonne einer Volksinitiative richtig in die Spur zu bringen, das andere ist aber dann, im Alltag im Schweiß des Angesichts hier im Parlament beim Haushalt für jeden Kilometer Radverkehrsinfrastruktur Tag für Tag zu streiten. Das macht den Unterschied aus.

In der Tat mag ich ein altes Zitat bemühen: Entscheidend ist auf dem Platz. – Für uns ist der Haushalt der Platz, zu entscheiden, und da fehlt Ihre klare Unterstützung für den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Remmel. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Middeldorf.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sanierung unserer Straßen, Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, Stärkung des ÖPNV, Weichenstellung bei neuen Technologien – Verkehrspolitik wird in diesem Land wieder ernst und wichtig genommen,

(Beifall von der FDP)

und zwar über alle Ebenen und über alle Verkehrsträger hinweg, meine Damen und Herren. Der Haushaltsentwurf für das Verkehrsministerium ist ein Dokument für das grundlegende Umsteuern im Bereich der Verkehrspolitik.

Wir steuern um beim Thema „Straßeninfrastruktur“. Wir bringen unsere Straßen endlich in Ordnung. In den letzten Jahren sind dringend benötigte Reparaturen und Entlastungsmaßnahmen systematisch unterblieben. Allein für die Sanierung der Landesstraßen, also der Straßen in unserer urreigensten Verantwortung, fehlten in den Haushalten unter Rot-Grün regelmäßig mindestens 70 Millionen Euro. Wir haben das Budget jetzt um 50 % erhöht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Der Landesbetrieb Straßen bewältigt ein Umsatzvolumen, das höher liegt als je zuvor. Zusätzliche Stellen für Planer, für Techniker, für Kaufleute führen zu einer deutlichen Steigerung der Effektivität. Erstmals überhaupt sorgen wir dafür, dass die Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer durch Baustellen so gering wie möglich ist. Schnellere Abwicklungen, Wochenend- und Nachtarbeiten, die Offenhaltung von Fahrspuren – das sind die äußeren Zeichen einer grundlegenden Veränderung in unserer Verkehrspolitik in diesem Land.

(Beifall von der FDP)

Herr Remmel, wir steuern auch um im Bereich Fahrrad. Nie zuvor wurde in Nordrhein-Westfalen so viel Geld für Radinfrastruktur, für Radschnellwege und Fahrradwege ausgegeben wie heute. Wir machen, und Sie reden seit Jahren darüber. Sie hätten es längst machen können. Wir tun es jetzt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Alleine zehn Mitarbeiter werden sich beim Landesbetrieb ausschließlich um die Planung und den Bau von Radwegen kümmern.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir danken ausdrücklich der Volksinitiative, dass sie diesen Kurs noch einmal unterstrichen hat. Wir werden unsere Anstrengungen auf der Basis der Volksinitiative noch einmal ausweiten, und wir wollen ein Nahmobilitätsgesetz für Nordrhein-Westfalen. Wir meinen es ernst mit der Gleichbehandlung der Verkehrsträger. Ich sage noch einmal: Wir machen das, worüber Rot-Grün über Jahre nur geredet hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir steuern um in Sachen Zukunftsfähigkeit des Verkehrs. Wir stellen die Weichen für die Erforschung, für die Entwicklung und für den Einsatz neuer Technologien und neuer Mobilitätsformen in Nordrhein-Westfalen. Wir setzen massiv Fördermittel ein für innovative Projekte. Alleine in OWL gehen mit dem Kompetenzzentrum Autonomes Fahren und auch mit einem automatisierten Kabinensystem auf der

Schiene ganz aktuell zwei wegweisende Vorhaben an den Start.

(Beifall von der FDP)

Sie unterstreichen deutlich unsere Zukunftsorientierung.

Wir steuern auch um beim ÖPNV, meine Damen und Herren. Ein gut ausgestatteter, ein komfortabler und vor allem ein gut vernetzter ÖPNV ist der Schlüssel einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik.

Die Sanierung der Stadtbahnsysteme werden wir in den nächsten zehn Jahren mit einer Milliarde Euro unterstützen. Wir führen das AzubiTicket ein. Wir verbessern die Erschließung des ländlichen Raums. Wir reaktivieren Schienenverkehre. Wir investieren in die Förderung von Schnellbussystemen und On-Demand-Verkehren. Wir wollen flexible, nachfrageorientierte Bussysteme, die den Menschen auch auf dem Land eine echte Alternative zum Auto bieten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir fördern auch den Umstieg auf umweltfreundliche Antriebsysteme. Die öffentliche Hand in Nordrhein-Westfalen geht endlich mit gutem Beispiel voran und sorgt für saubere Luft in unseren Innenstädten.

Die Ansiedlung der Batteriezellenforschungsfabrik in Münster ist ein Meilenstein. Wir wollen den Transformationsprozess im Bereich der Antriebssysteme eben nicht nur bewältigen; wir wollen daraus eine technologische und eine ökonomische Erfolgsgeschichte für unser Bundesland machen.

(Beifall von der FDP)

Der Verkehrspolitik in unserem Land kommt endlich wieder die Bedeutung zu, die die Menschen ihr auch beimessen. Das ist gut, und das ist wichtig; da sind wir auf dem richtigen Kurs. Der Haushaltsentwurf für das Verkehrsministerium ist ein eindeutiger, ein deutlicher Beleg hierfür. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Middeldorf. – Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Herr Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der vorgelegte Einzelplan des Ministeriums für Verkehr zeigt die Misere in der Infrastruktur auf und bietet keine ausreichende Lösung, die uns auf den Weg zum Aufsteigerland führt.

(Helmut Seifen [AfD]: Hör! Hör!)

Der aktuelle Landesstraßenzustandsbericht sollte allen eine Warnung sein, denn der Verfall unserer Infrastruktur schreitet schneller voran, als wir mit der Sanierung hinterherkommen. Für die kommenden Jahre darf es hier keine Sparpolitik geben. Es sind mutige und umfassende Investitionen gefragt.

Mit den aktuell angesetzten 52 Millionen Euro für den Aus- und Neubau von Landstraßen wurde hier kein überzeugendes Zeichen gesetzt. Wir haben ganz aktuell erlebt, dass die Theodor-Heuss-Brücke in Düsseldorf, fertiggestellt 1957, für den Schwerverkehr gesperrt werden musste, weil sie einsturzgefährdet ist.

573 Brücken im ganzen Land müssen in den nächsten Jahren abgerissen und komplett erneuert werden. Brücken sind Nadelöhre unserer Verkehrsadern. Fallen sie aus, oder sind sie nur eingeschränkt befahrbar, drohen Staus oder sogar Verkehrsinfarkte.

Alleine die Erneuerung der 573 Brücken wird circa 20 Jahre in Anspruch nehmen und circa 7 Milliarden Euro kosten. Diese Zahlen nennt das Verkehrsministerium auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion.

Dabei ist ein Großteil unserer Brücken in Nordrhein-Westfalen noch gar nicht geprüft worden. Die Dunkelziffer an maroden Brücken ist also vermutlich noch deutlich höher, denn etwa 6.500 Brücken in Nordrhein-Westfalen sind vor 1985 errichtet worden.

Wir erwarten gewaltige Anstrengungen und Investitionen in unsere Infrastruktur in unserem Land Nordrhein-Westfalen. Nicht minder gewaltige Investitionen sind in unseren ÖPNV nötig.

Sie alle hier im Haus sprechen immer gerne von einer Verkehrswende und verwenden diesen Begriff schon, als wäre es eine Kleinigkeit. Wir sind diesem Begriff gegenüber sehr skeptisch eingestellt, denn wir sehen, dass diese Wende bei jeder Analyse von Zahlen und Fakten scheitert.

Besonders deutlich wird das beim ÖPNV, denn der operiert in Nordrhein-Westfalen in allen Ballungsräumen und Städten am Limit, soll aber noch weitere Pendler aufnehmen und für eine Entlastung der Straßen sorgen.

Wir haben mehr als einmal in Anhörungen von Fachleuten gehört, dass dies kapazitiv so gut wie unmöglich ist. Durch eine Digitalisierung, die ebenfalls Milliarden Euro kosten wird, können Abläufe zwar effektiver und um ein paar Prozent verbessert werden, aber den großen Wurf erreichen Sie damit leider nicht.

Wenn der ÖPNV der Zukunft wirklich die zentrale Bedeutung vor allem in den urbanen Räumen haben soll, muss auch hier massiv investiert werden. Die

heute zur Verfügung gestellten Summen reichen dann bei Weitem nicht aus.

Aber kommen wir abschließend auch zu ein paar positiven Aspekten. Trotz der Umstrukturierung bei Straßen.NRW und der Gründung einer neuen bundeseigenen Gesellschaft ist es erfreulich, dass mit dem Nachtragshaushalt 20 neue Stellen für Ingenieure und Planer bei Straßen.NRW und im Ministerium geschaffen wurden.

(Unruhe)

Ebenso erfreulich – wenn auch auf Bundesebene angesiedelt – ist die Schaffung von 20 neuen Stellen bei der Wasserwege- und Schifffahrtsverwaltung.

Auch wir haben in unseren Anträgen auf die Investitionsversäumnisse an unseren Wasserstraßen aufmerksam gemacht und sind erfreut, dass dies offensichtlich nun auch ein Thema im Verkehrsministerium ist. In den Jahren zuvor ist speziell an den Wasserstraßen viel zu wenig passiert.

Bei aller berechtigten Kritik wollen wir aber fair bleiben: Der Wegfall der Entflechtungsmittel des Bundes und die Kompensation durch das Land NRW, die strukturellen Veränderungen bei Straßen.NRW, massiver Investitionsstau in unserer Infrastruktur aus den letzten Jahrzehnten und nicht zuletzt

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

die dynamische Veränderung des Mobilitätsverhaltens, vor allem der urbanen Bevölkerung, sind allesamt Herausforderungen, die zugleich Verpflichtungen und Ansporn sein müssen. Der Weg zum Aufsteigerland hat zurzeit noch viele offene Baustellen. Aus dem Grunde können wir dem Einzelplan 09 leider nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Als Nächster redet für die Landesregierung Herr Minister Wüst.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrs-etat setzt im Jahr 2020 folgende Schwerpunkte:

Erstens. Investitionen für ein besseres ÖPNV-Angebot.

Zweitens. Rekordinvestitionen in nordrhein-westfälische Infrastrukturen.

Viele nennen das, was gerade und in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen passiert, passieren muss, schon „Wiederaufbau West“.

Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein ganz zentrales Ziel unserer Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass Mobilität sauberer und besser wird.

In der Vergangenheit wurden die für den ÖPNV zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel nicht ausreichend verplant. Als ich ins Amt kam, gab es Ausgabenreste in Höhe von 668 Millionen Euro.

Es ist etwas verwunderlich, dass Sie nicht wussten, wie man mit 686 Millionen Euro umgeht, und hier heute sagen: Es muss mehr, es muss schneller, dies und das. Sie wussten selber nicht, was Sie machen sollten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Das setzt uns heute unter Druck, Pläne vorzulegen. Aber es gibt uns eben auch die Möglichkeit zur Gestaltung. Die nutzen wir gerne für eine ÖPNV-Offensive, wie sie dieses Land noch nie gesehen hat:

Ich nenne die 1 Milliarde Euro für die Stadt- und Straßenbahnsysteme, mit denen wir die Kommunen unterstützen.

Ich nenne die 180 Millionen Euro, die wir gemeinsam mit der DB und den Aufgabenträgern in ein robustes Netz investieren, um Zugausfälle in den Zeiten der Rekordinvestitionen zu vermeiden.

Ich nenne Millioneninvestitionen in die Reaktivierung von Bahnstrecken überall im Land.

Ich nenne 100 Millionen Euro für Schnellbuslinien, 120 Millionen Euro für On-Demand-Verkehre – etwas, das in Ihrer Mobilitätspolitik nie stattgefunden hat. Wir machen das jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Auch im ÖPNV-Bereich gilt, dass wir kein Geld mehr liegen lassen. Es ist dringend nötig, dass es investiert wird; und wir investieren dieses Geld.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das AzubiTicket gehört dazu. Geplant waren 3.500 Ticketverkäufe; wir sind schon nach wenigen Wochen im Verkauf inzwischen bei über 6.900 AzubiTickets, für 20 Euro Zuschlag für die landesweite Nutzung. So schlecht scheint dieses Produkt nicht zu sein, wenn wir fast bei den doppelten Verkaufszahlen sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Ausbildung junger Menschen scheitert nicht mehr an Verbundgrenzen. Ich finde, das ist ein gutes Projekt.

(Unruhe)

Noch in diesem Jahr kommt die mobil.NRW-App, mit der es erstmals möglich ist, alle Ticketangebote im Nahverkehr in einer App zu kaufen. Auch das ist ein

Projekt, das ganz neu ist. Für weitere Digitalisierungsprojekte haben wir fast 13 Millionen Euro im nächsten Haushalt.

Großes Thema für alle Verkehrsträger: die Infrastrukturen. Wir investieren Rekordsummen in eigener Verantwortung. In diesem Jahr, 2019, gehen 1,55 Milliarden Euro

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

in den Erhalt und Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen.

Es ist uns in diesem Jahr gelungen, 50 Millionen Euro Bundesmittel abzurufen, die eigentlich in anderen Ländern hätten verbaut werden sollen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Herbert Strotebeck [AfD])

Wir erinnern uns alle noch an rot-grüne Zeiten. Da war es genau andersrum. Wir holen jetzt das Geld zurück, das Sie liegen lassen haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese 50 Millionen Euro sind noch nicht das Ende der Fahnenstange. Wir finanzieren 100 Millionen Euro Investitionen vor, weil wir mehr und schneller geschafft haben, als uns der Bund aus Bundesmitteln überhaupt in 2019 geben konnte. Das hat es in der Dimension noch nie gegeben.

Unser Planungshochlauf, unser Genehmigungshochlauf, unser Bauhochlauf kommt langsam da an, wo er hin muss: auf der Straße.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für den Erhalt von Landesstraßen geben wir 185 Millionen Euro und für den Neubau 52 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Das Thema „Schiene“ in gleicher Dimension – keine Einseitigkeit: 1,4 Milliarden Euro die DB Netz in Nordrhein-Westfalen. Wir machen die NE-Bahn-Förderung für die letzte Meile bei der Schiene – etwas, das Sie von Rot-Grün nie getan haben.

Radwege – es ist schon gesagt worden: Es stehen 47 Millionen Euro zur Verfügung. Die 900 Millionen Euro des Bundes kommen hinzu. Wir werden das Radgesetz machen, um Fahrradfahren in Nordrhein-Westfalen noch attraktiver zu machen.

E-Bikes und Pedelecs machen Radverkehr zum Pendlerverkehr. Wir schaffen mit zehn zusätzlichen Planern – exklusiv für Radwege – die Voraussetzung dafür, dass möglichst viel des zusätzlichen Geldes auch dafür in Nordrhein-Westfalen landet.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bei Wasserstraßen ist schon über den in der zweiten Bereinigungssitzung vor zehn Tagen im Bundestag

beschlossen Personalzuwachs im kommenden Jahr gesprochen worden: 25 neue Stellen in NRW im letzten Jahr, in diesem Jahr zusätzliche Stellen, sodass es auch bei den Kanälen endlich wieder vorangeht.

Der Verkehrsetat des Jahres 2020 wird ein Zukunftshaushalt. Wir investieren kräftig in bessere Mobilität, in saubere Mobilität, in bessere Infrastruktur.

Ich danke den regierungstragenden Fraktionen für ihre Bereitschaft, dies mitzugehen. Allen anderen sage ich ein herzliches Willkommen in der Realität. Vergleichen Sie, das was wir tun, nicht mit dem, was man sich wünscht, sondern mit dem, was Sie getan haben. Dann sehen Sie einen himmelweiten Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8009, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8009

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

Ich eröffne die Aussprache zu Teil a) „Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz“ und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Stinka das Wort.